

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 20. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
ruht: Dem Kaufmann Ignaz Seyditz zu Köln den Charakter als Kom-
merzien-Rath zu verleihen.

Angelommen: Se. Excellenz der Staats- und Finanz-Minister Frei-
herr von Patow von Bad Landeck; Se. Excellenz der Erb-Land-Hofmeister
im Herzogthum Schlesien, Kammerherr Graf von Schaffgotsch, von
Warmbrunn; Se. Excellenz der General der Infanterie und General-Inspek-
teur der Artillerie, von Hahn, aus der Rheinprovinz.

Abgereist: Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant
Se. Majestät des Königs und Oberstallmeister v. Willifien, nach Konstan-
tinopel; der Unter-Staatssekretär im Justiz-Ministerium, Müller, nach
Frankfurt a. M.

Telegramme der Posener Zeitung.

Ragusa, Montag 19. August. Der Chef der In-
surgenten, Bucalovich, hat die Vertreibung des russischen
Kommissars bei Omer Pascha zur Wiederanbahnung des
Friedens angerufen. Omer Pascha hat seine Zustimmung
gegeben. Der russische Botschafter in Konstantinopel hat
dessen Delegirten in Skutari ermächtigt, gemeinsam mit seinen
dortigen Kollegen, welche hierzu von ihren Gesandtschafts-
chefs Anweisung erhalten hatten, die Vermittlung zu über-
nehmen.

Von der polnischen Grenze, Montag 19. August
Nachmittags. Nach Berichten aus Warschau von gestern
Abend war der Oberpolizeimeister Polapoff aus Petersburg
bezüglich Organisation der Polizei angekommen und waren
ihm bereits alle Beamte des betreffenden Ressorts vorgestellt
worden. Die Generale Lambert und Gersenzweig wurden
zum Dienstag erwartet.

(Eingeg. 20. August 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. 2 Berlin, 19. Aug. [Die Krönungs-
feier; die dänischen Zustände; ein Dementi;
die Küstenverteidigung.] Es ist mehrfach in der Presse
erscheint, dass die Krönungsfeier nicht in Königs-
berg, sondern in Berlin stattfinden werde, und sollten die beschrän-
kten Mittel in der erstgedachten Stadt nebst mehreren anderen,
welche wegen angelegener Gründe zu einer solchen Aenderung
Veranlassung gegeben haben. Es versteht sich wohl von selbst, daß,
wenn, wie hier geschieht, in einer Angelegenheit von solcher Be-
deutung, wie die bevorstehende Krönung, eine Entschliebung der
Krone bereits getroffen ist, es sehr dringender und wichtiger Gründe
bedürfen würde, um diese Entschliebung rückgängig zu machen.
Solche Gründe könnten nun allerdings in der That liegen, daß
Königsberg nicht den erforderlichen Raum zur nöthigen Entfaltung
der Feierlichkeit darbiete. Da aber diese Thatfache nicht vorliegt, so
fehlt es auch an der Prämisse für die obgedachte Schlussfolgerung
und steht es vielmehr fest, daß die Krönung nicht in Berlin, son-
dern, der allerhöchst getroffenen Bestimmung gemäß, in Königsberg
vor sich gehen wird. — Ich habe Ihnen bereits die Gesichtspunkte
dargelegt, aus denen die dänische Depesche vom 29. Juli ihrer Ent-
stehungsgeschichte und ihrem Inhalte nach betrachtet werden muß
(vergl. Nr. 191), um ein unparteiisches Urtheil über den Werth
derselben und über die Gründe fällen zu können, welche es von
Seiten Deutschlands eben so zweckentsprechend wie unpräjudiziellich
erscheinen ließen, auf Grund derselben die Exekution des Bundes
einstweilen zu sistiren. Man hat nun mehrfach ein Eingehen der
deutschen Großmächte resp. des Bundestages auf jene dänische Er-
klärung um deswillen bedenklich finden wollen, weil in der betref-
fenden Depesche ausgesprochen sei, daß die Regierung nicht auf eine
nachträgliche Erhöhung des holsteinischen Zuschlages zum Normal-
budget, wenn eine solche durch die Erfordernisse der Monarchie ge-
boten erscheine, zu verzichten gesonnen sei. Es ist von mir bereits
darauf hingewiesen, daß der Bund seinerseits ebensovienig darauf
verzichtet habe, die nur vorläufig sistirte Exekution sofort eintreten
zu lassen, wenn Dänemark dem Bundesbeschluß vom 8. März 1860
zuwider sich demnächst einschießen sollte, von Neuem ohne Zu-
stimmung der holsteinischen Provinzialstände von Holstein ein Mehr-
eres an Beiträgen zu den allgemeinen Ausgaben fordern zu wol-
len, als nach dem Normalbudget vom 28. Febr. 1856, auf dies
Herzogthum als seinen Antheil fällt. Nun aber illustriren die dän-
ischen Blätter jenen Vorbehalt Dänemarks folgendermaßen: Der
Zuschlag zu dem Normalbudget werde zwar für Holstein nicht aus
den Kassen dieses Herzogthums, aber aus den Kassen des König-
reichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig genommen wer-
den. Da nun Holstein an den gemeinschaftlichen Ausgaben mit
22 Prozent partizipirt, mithin das zu gemeinschaftlichen Ausgaben
aus jenen Kassen Entnommene bis auf diesen Prozentsatz ganz
ebenso ist, als wäre es von Holstein aus seiner eigenen Kasse be-
zahlt, so laufe, meinen jene Blätter, die ganze Sache nur auf ein
Buchführungs- und Rechnungsmanöver hinaus. Sofort natürlich
schlägt ein Theil der deutschen Presse Vamento, daß sich Deutsch-
land von Dänemark habe übertölpeln und Sand in die Augen
streuen lassen. Die Sache wäre nun allerdings, wie sie von den
dänischen Blättern dargestellt wird, ein reiner Kniff, der einem
Gaunerstück sehr ähnlich sähe, wie ein Ei dem andern. Wenn
indessen auch Dänemark, was seiner „erleuchteten“ Politik jeden-
falls nicht unähnlich sehen würde, eine solche Gaunerei im Schilde
führen sollte, so würde ihm das schließlich reell zu nichts helfen.

Denn Dänemark hat sich verpflichtet, auf den Zuschuß Holsteins für
die laufende Finanzperiode — provisorisch — überhaupt zu ver-
zichten, und es ist völlig gleichgültig, aus welchen Kassen dieser
Zuschuß genommen werden würde. Jede direkte oder indirekte, ge-
radezu begangene oder trügerisch verschleierte Verletzung dieser
Verpflichtung würde Deutschland ohne Weiteres auch seinerseits
jeder Verpflichtung entheben und es berechtigen, das sistirte Exe-
kutionsverfahren unmittelbar wieder aufzunehmen und zum Voll-
zuge zu bringen. Uebrigens ist die ganze Sache nur ein künstlich
angezettelteres Mandöver, um das Ministerium Hall in der öffent-
lichen Meinung Dänemarks über Wasser zu halten. Denn man
weiß hier bestimmt, daß die Lage des Ministeriums Hall gezeilt
ist. Auch die Lügen von einer Mitwirkung der europäischen
Mächte zur Durchführung des Eiderstaates u. s. w. sind nichts als
solche zu Gunsten des Ministeriums Hall verführte letzte Anstren-
gungen der dänischen Presse. — Man hat aus einer von Hamburg
aus gemeldeten Reise des dortigen englischen Generalkonsuls Ward
nach Berlin auf Verhandlungen zwischen England und Preußen
für sich und Namens des Zollvereins über einen dem französischen
ähnlichen Handelsvertrag schließen wollen. Von solchen Verhand-
lungen ist aber keine Rede, weder überhaupt noch für den eben-
tueellen Fall, daß der Handelsvertrag mit Frankreich definitiv ab-
geschlossen sein würde. Es ist somit auch die auf diese letztere Ewen-
tualität eingeschränkte Nachricht der hiesigen „Börsezeitung“ über
angeblich in Aussicht genommene Verhandlungen mit England
durchaus unbegründet. — Nach dem Antrage der Militärkom-
mission hat sich nun, wie verlautet, der Bundes-Militärausschuß
gegen Preußens Antrag dafür erklärt, daß die Spezialkommission
für die Küstenverteidigungsfrage nicht bloß aus Vertretern der
Uferstaaten bestehen, sondern es auch den übrigen Bundesregierun-
gen frei stehen solle, Vertreter in jene Kommission zu entsenden.
Daß damit die ganze Küstenverteidigungsfrage, so weit sie am
Bunde ventilirt wird, ad graecas calendas verwiesen ist, liegt
auf der Hand und ist ein Beweis dafür, daß nur durch Vereinbar-
ung der einzelnen Regierungen untereinander, nimmermehr aber
durch den Bundestag eine gemeinnützige Einrichtung in wahrhaft
deutschem Interesse ins Leben gerufen zu werden vermag.

(Berlin, 18. August. [Vom Hofe; Tagesnachrich-
ten.] Der König ist nach den hier eingegangenen Nachrichten
im besten Wohlbefinden in Ostende angekommen. Unterwegs hat er
noch einige Regimenter inspiziert. Die Königin ist noch in Baden-
Baden, wird aber in kürzester Zeit auf Schloß Koblenz erwartet,
wo zu ihrem Empfange schon Alles vorbereitet ist. Der Kronprinz
kehrt morgen früh von Koburg mit dem thüringer Schnellzuge
hierher zurück, wird aber seinen Aufenthalt im Neuen Palais in
Potsdam nehmen. Die Reiseeffekten des Kronprinzen sind bereits
heute Vormittags von Köln hier angekommen. Der Prinz Karl
kam heute Vormittags vom Schlosse Glienicke nach Berlin und
empfing den von seiner Inspektionsreise hieher zurückgekehrten
Generalinspekteur der Artillerie, General der Infanterie v. Hahn,
und andere höhere Militärs. Derselbe wurde auch zur Tafel gezo-
gen, an der ebenfalls der Prinz Albrecht (Sohn) theilnahm. Der
Prinz Friedrich Karl hat sich heute Morgens zur Truppenbesichti-
gung nach Brandenburg begeben und dorthin ist ihm auch der
General-Feldmarschall v. Wrangel gefolgt. — Der Prinz Wilhelm
von Baden ist in Folge einer Einladung des Kaisers Napoleon
von Baden-Baden aus zum Besuch des Lagers nach Chalons ab-
gereist. In seiner Begleitung befanden sich mehrere höhere badi-
sche Offiziere. — Der Staatsminister v. Auerwald ist gestern früh
von Schloß Döbeln, wo er zum Besuch seiner Tochter, der Gräfin zu
Dohna, 8 Tage verweilte, hieher zurückgekehrt und hatte schon
Mittags eine längere Besprechung mit dem Grafen Schwerin und
dem Finanzminister v. Patow, der kurz zuvor aus dem Bade-
Landeck hier angekommen war. Heute Mittags versammelte Herr
v. Auerwald die Minister Graf Schwerin, v. Patow und v. Bern-
nuth zu einer Konferenz um sich, die über zwei Stunden dauerte.
Abends halb 8 Uhr ist der Staatsminister v. Auerwald nach Ost-
ende abgereist und wird während des Aufenthaltes des Königs dort
verweilen. — Der Hausmarschall Graf Pückler besichtigt vor sei-
ner Abreise nach Ostende die Schlösser Benrath und Brühl am
Rhein. — Der Handelsminister v. d. Heydt, der gegenwärtig in
Ostende das Seebad gebraucht, trifft in etwa acht Tagen von dort
hier ein. — Im Laufe dieser Woche wird der Geheimrath
Costenoble aus der Schweiz zurück erwartet, wohin er sich von
Baden-Baden aus zu einer Erholung begeben hatte. — Unter dem
Vorhise des Ministerialdirektors Delbrück fand heute Vormittags
11 Uhr eine Konferenz der Bevollmächtigten für den Handelsver-
trag zwischen den Zollvereinsstaaten und Frankreich statt, die erst
um 4 Uhr ihr Ende erreichte. Inzwischen hatte der französische
Bevollmächtigte de Clercq wiederholt Unterredungen mit Herrn
Delbrück. — Der Rektor unserer Universität, Westert, hat heute
eine mehrwöchentliche Erholungsreise angetreten und ist zunächst
nach Frankfurt a. M. abgegangen. — Der englische Gesandte Lord
Loftus empfing heute Morgens auf dem Anhalter Bahnhofe seinen
Schwiegervater, den ehemaligen englischen Admiral Lord Gran-
ville, welcher mit seiner Tochter nach Berlin gekommen ist, um sich
von einem Augenleiden heilen zu lassen. — Die baulichen Einrich-
tungen im Palais des Königs werden jetzt sehr beschleunigt und
sind mehr denn 100 Arbeiter dabei beschäftigt. Die Säulenhalle,
welche das Palais mit dem Wintergebäude in Verbindung bringen
soll, wird in den nächsten Tagen in Angriff genommen werden. —
Auf dem Anhalter Bahnhofe wurden vor einiger Zeit von den dort
stationirten Polizeibeamten 700 Thlr. gefunden. In Folge des
Aufrufs meldete sich nach zwei Monaten ein dänischer Kammerherr
und die Beamten erhielten den gefälligen Finderlohn.

— [Organisation der Marine-Verwaltung.]
Se. Maj. der König hat durch Allerhöchsten Erlaß vom 27. Juni c.
bestimmt, daß die Stellen der Abtheilungsdirektoren, die bei der
früheren Marineverwaltung bestanden, bei dem Marineministerium
einzugehen haben. Ein Allerhöchster Orts erlassenes Regle-
ment ordnet, im Anschluß an die Ordre vom 16. April d. J., die
Geschäftsführung und Ressortverhältnisse der oberen Marinebehör-
den. Danach gehören zum Geschäftskreise des Marineministeriums
alle Anordnungen und Einrichtungen, welche erforderlich sind, um
Preußen zur See in wehrfähigen Zustand zu versetzen und darin
zu erhalten. Dem Marineminister, der, in den Angelegenheiten
der Marineverwaltung den Immediatvortrag eben so wie der
Kriegsminister in denen der Militärverwaltung hat, sind, mit
Ausnahme der im aktiven Dienst befindlichen und als solche unter
dem Befehl des Ober-Befehlshabers der Marine stehenden mariti-
men Streitkräfte, alle Behörden und Personen, welche für Preu-
ßens Wehrfähigkeit zur See dienen und zu wirken berufen sind,
in derselben Weise, wie die Militärbehörden und Beamten dem
Kriegsminister, untergeordnet. Dem unter dem Minister stehenden
Präses (jetzt General v. Nieben) sind sämtliche Personen und
Behörden der Marineverwaltung direkt untergeordnet; er ist zu-
nächst für prompte, einheitliche und sachgemäße Leitung und Be-
handlung der Geschäfte der gesamten Marineverwaltung verant-
wortlich. Dem Ober-Befehlshaber der Marine sind, unter eigen-
er Verantwortlichkeit, alle im aktiven Dienste befindlichen mari-
tinen Streitkräfte direkt untergeordnet. Er ist berechtigt und ver-
pflichtet auch die seinen Befehlen nicht untergeordneten Marine-
häfen und Marine-Etablissements von Zeit zu Zeit zu inspizieren
und demnächst an des Königs Majestät und das Marineministe-
rium darüber zu berichten. Letzteres wird seinen Wahrnehmungen
und Vorschlägen die sachgemäße Beachtung zuwenden. Das Recht
zu direkten Eingriffen in die dem Marineministerium allein zu-
stehende Administration der gedachten Marineinstitute darf aus
diesen Inspektionen nicht hergeleitet werden. Für den Zweck
technischer Berathungen wird ein Admiralsrath eingesetzt, wel-
cher auf Anordnung des Marineministers zusammentritt. Dem
Ober-Befehlshaber ist es anheimgestellt, den Berathungen beizu-
wohnen, auch, wenn der Minister nicht selbst präsidiert, den Vorsitz
zu übernehmen.

— [Wahlagitator.] Der „BZ.“ schreibt man vom
Rheine: Von Berlin aus betreibt ein „Handwerker-Zentralwahl-
komité für den preussischen Staat“ eine bereits ziemlich organisierte
Wahlagitator. Seine Zirkulare richten sich an den „Handwerker-
stand und an Freunde desselben“. Das erste Zirkular ist vom 1.
Juli und fordert die Handwerker auf, ihr eigenes Interesse in der
Erhaltung ihrer selbst und der Gewerbeordnung von 1845 und
der Verordnung von 1849 nach geschwehener Aufhebung des polizei-
lichen Konzeptionswesens zu wahren, und bittet, dem Zentralkom-
mité Vertrauensmänner namhaft zu machen, die dafür sorgen, daß
vorzugsweise Handwerker in das Haus der Abgeordneten gewählt
werden. Wenn es hiernach scheinen könnte, als ob aus dem Hause
ein Handwerkerparlament werden sollte, so giebt ein zweites Zirku-
lar einen anderen, noch interessanteren Aufschluß. Es sagt: „Die
Allianz mit der großen, durch den ganzen preussischen Staat geglie-
derten und durch Gemeinschaft der Interessen uns verbundenen
Partei des Grundbesitzes ist angebahnt.“

— [Ein Vergleich zwischen der englischen und
deutschen Presse.] Mit Bezug auf das Berliner Turnfest
macht die „Nationalzeitung“ einige Bemerkungen über die Be-
handlung der Presse in Deutschland und namentlich auch in Berlin,
denen auch wir durchaus beitreten müssen. Das Blatt sagt: „Man
bewundert in Deutschland den reichen Inhalt und den schnellen
Betrieb der englischen Blätter. Man läßt sich von Reisenden er-
zählen, daß der Anfang einer Wahlversammlung ausgeschrieben auf
dem Tische des Redakteurs liegt, das Mittelstück in einer Droschke
oder auf der Eisenbahn unterwegs ist, das Ende noch in den Köpfen
der Redner steckt und am andern Morgen Alles fix und fertig auf
die Frühstückstafel kommt. Man hört die Beschreibung mit An-
dacht und sagt: Groß ist Albion! Aber man unterläßt nur zu oft
das Einfachste und Nothwendigste, um ähnliche Leistungen hier
möglich zu machen. In England versteht es sich von selbst, erstens:
daß von jedem Vorgange, den die Theilnehmen besprochen und be-
richtet zu sehen wünschen, eine rechtzeitige Nachricht und Einladung
an alle an dem Orte erscheinenden Tagesblätter ergeht; zweitens: daß
für die Berichterstatter ein Platz vorbehalten und hergerichtet wird, auf
dem sie Alles, was vorgeht, sehen und hören, auch bequem schreiben
und von wo sie sich ohne Zeitverlust entfernen können; drittens:
daß Dokumente, die gelesen werden sollen, dafern sie in Druck oder
Lithographie existiren, entweder zugleich mit der Einladung ver-
sandt oder an die Berichterstatter vertheilt werden. Von Program-
men, Katalogen und dergl. gehen stets die ersten Exemplare
an die Zeitungen. Sind die Dokumente noch nicht vervielfältigt,
so stellt man sie einer Zeitung zu mit der Bedingung, Büstenabzüge
davon an die andern rechtzeitig abzugeben. Redner, die ihre Reden
ausgearbeitet haben, lassen sie vermittelst des schwarzblauen Kopir-
papiers, daß in Berlin besser angefertigt wird als in London und
das wohl bis zehn gute Kopien liefert, abschreiben. Ein solches
Entgegenkommen des Publikums, das sich, wie gesagt, von selbst
versteht, macht es denn auch den Zeitungen möglich, die Bericht-
erstattung entsprechend zu betreiben. Man beginnt in England die
journalistische Laufbahn nicht damit, daß man hohe Politik treibt,
den Fürsten und Ministern in der Seele liest und Rath ertheilt,
sondern damit, daß man lernt, einen Vorgang mit den Sinnen auf-
fassen, die Beschreibung zu einem Bilde abrunden und in fliegen-
der Hast und unter Störungen aller Art in gutem Englisch au

das Papier werfen. Diese Vorschule, die beste, die es giebt, für Urtheil und für Ausdruck, gewährt den verschiedensten Fähigkeiten einen angemessenen Spielraum, von der Beschreibung eines Auflaufes, eines Feuers, dem Bericht über einen Vollzei Fall bis zu den Schilderungen eines William Russell. Der kürzlich verstorbene Lordkanzler von England und unzählige Staatsmänner und Würdenträger haben mit dem Bleistift aus dem note-book begonnen, und es ist bekannt, daß der manager einer der größten Zeitungen sich zuweilen selbst ein solches Notat nimmt, um zu sehen, ob er's noch kann. — Wie wird nun die Sache hier betrieben? Wir wollen die Frage in allgemeinen Ausdrücken beantworten. Die Einladung an die Zeitungen wird eben so oft vergessen als besorgt. In der Regel läßt man es an sich kommen, erwartet, daß die Redaktionen Acht geben, die Berichterstatter sich melden und bemühen werden. Für besondere Plätze wird nur gesorgt, wenn man sich Stenographen bestellt hat. Nachträgliche Mittheilungen kommen wohl unerbeten, aber in der Regel zu spät; vorläufige sind nur durch persönliche Verbindungen zu erhalten; und wenn so das eine oder andere Blatt bevorzugt wird, so dürfte man sich nicht wundern über eine Neigung, Günst mit Günst, Ungünst mit Ungünst zu vergelten. Der Humor von Allem ist, daß das Publikum zu leiden hat, und doch liegt es nirgend am guten Willen, sondern nur an dem Mangel der Gewöhnung. (Das Alles gilt natürlich nicht nur von den Berliner, sondern von den deutschen Blättern überhaupt, und alle Redaktionen können davon ein Lied singen. Auch den ernstlichsten und thätigsten ist es bei dem Mangel an Entgegenkommen nirgend, am wenigsten in den Provinzialstädten, möglich, von den Vorkommnissen stets rechtzeitig und sicher unterrichtet zu sein. Die Personen, welche am meisten bei der Öffentlichkeit theilhaftig sind, thun am wenigsten zur Unterstützung der Presse, aus Bequemlichkeit, aus einer gewissen Scheu, vielleicht bisweilen selbst aus Abneigung. Der Redakteur wird oft gefragt: Weshalb haben Sie Dies oder Jenes nicht gebracht? Es werden ihm Vorwürfe darüber gemacht meist von Personen, die zunächst Veranlassung gehabt hätten, ihn von dem betr. Vorgange zu unterrichten. Bringt die Presse Erzählungen von gewissen Ereignissen, die vielleicht nicht in allen kleinen Einzelheiten genau sind, weil ein Berichterstatter nicht überall sein, nicht Alles sehen kann, so wird laut über Ungenauigkeit geklagt, und lange, oft sehr gereizte sogenannte Berichtigungen werden von Personen eingeschickt, die „keine Zeit hatten“, den betreffenden Vorgang selbst kurz und wahrheitsgetreu mitzutheilen. Könnte und sollte das nicht auch bei uns anders sein, wenn der richtige Begriff von dem, was die Presse in Bezug auf die Entwicklung des öffentlichen Lebens sein soll und sein kann, etwas klarer ins Auge gefaßt würde?! D. Red.)

Köln, 18. August. [Durchreise des Königs.] Die als bevorstehend erwähnte Ankunft Sr. Maj. des Königs erfolgte gestern Abends mittelst des bald nach 10 Uhr von Mainz eintreffenden Zuges der Rheinischen Eisenbahn. Auf dem Centralbahnhof erschienen kurz vor Ankunft des Zuges zur Begrüßung Sr. Majestät K. K. H. der Kronprinz und die Kronprinzessin, welche, aus England zurückkehrend, bereits in den Nachmittagsstunden hier eingetroffen und empfangen worden waren. Heute früh um 8 Uhr besuchten Sr. Majestät und Ihre Königlichen Hoheiten das Museum Wallraf-Richarz und die dortige große Kunstausstellung mit Ihrem Besuche. Hierauf begab Sr. Majestät sich nach dem Centralbahnhofe, von wo Allerhöchstdieselbe, nachdem Ihre Königlichen Hoheiten sich verabschiedet hatten, seine Reise nach Ostende mit dem Rheinischen Kurierzuge fortsetzte.

Merseburg, 18. August. [Verfügung in Betreff des Turnunterrichts.] Der Landrath des Querfurter Kreises, v. Helldorf auf Baunersroda, hat folgende Verordnung erlassen: Die höhern Orts angeordnete Einführung des Turnunterrichts bei den Schulen stößt hier und da noch auf Schwierigkeiten, indem sich einzelne Gemeinden weigern, den erforderlichen Turnplatz mit den nöthigen Apparaten herzurichten. Deshalb mache ich hiermit darauf aufmerksam, daß die Gemeinden darüber, ob sie den Turnunterricht bei sich einführen wollen oder nicht, einen Beschluß nicht zu fassen haben. Das einfache Turnen ist von den höchsten Schul-Aufsichtsbehörden für einen notwendigen Theil des Schulunterrichts erklärt worden und dem zufolge sind von den Gemeinden die dazu nöthigen, gar nicht so kostspieligen Lehrmittel unentgeltlich zu beschaffen. Etwaigen Widerspruch müßte ich durch Zwangsmittel beseitigen. Die Ortsrichter der Gemeinden, in deren Schulen noch kein Turnunterricht stattfindet, haben Vorstehendes den Mitgliedern ihrer Kommune bekannt zu machen und binnen 14 Tagen hierher anzuzeigen, was die Einrichtung eines Turnplatzes in dem betreffenden Orte verhindert. (M. Z.)

Stettin, 19. August. [Eine Fahnenweihe.] Die hier zum Besuch anwesenden österreichischen Turner wurden auf ihrem Ausfluge nach Swinemünde auch dort von dem Swinemünder Turnverein und von der Bevölkerung aufs freundlichste aufgenommen. Bei einer in die See unternommenen Fahrt ereignete sich folgender Zwischenfall. Die Österreicher führten zum Turnfest eine große schwarz-roth-goldene Fahne mit sich, deren Entfaltung denselben erst nach vielen Bemühungen und nach einer persönlichen Audienz beim Reichsminister v. Schmerling gestattet worden war. In See nahm nun einer der österreichischen Gäste das Wort zu einer Ansprache, erinnerte an den Umschwung in Oesterreich, der es ihnen vergönne, zum ersten Male unter diesem Banner sich wieder eins zu fühlen mit ihren deutschen Stammesgenossen im Norden, welche ihnen, zumal in Stettin, einen so überaus herzlichen Empfang bereitet hätten. Er hoffe, daß sich Nord und Süd niemals wieder von einander verlieren würden, und dies symbolisch anzudeuten, wolle er ihre Fahnen hier in die Fluthen der Ostsee tauchen, zu welchem Zwecke er die Anwesenden auf zu Zeugen nehme. Hierauf wurde unter mehreren Ansprüchen auch von anderer Seite die Fahne in die See getaucht und ein über diesen Akt sofort aufgenommenes Protokoll mit den Unterschriften der Anwesenden versehen, in eine versiegelte Flasche gethan und ins Meer geworfen. Ein diesen Vorgang mittheilendes Telegramm wurde alsbald nach Wien gesandt, worauf schon gestern Abend ein Gegengruß von der Wiener Turnerschaft hier eintraf. (M. St. Z.)

Oesterreich, Wien, 17. August. [Tagesnotizen.] Dem in Mailand unter der Direktion des A. Bianchi Giovini erscheinenden Journale „Il Campidoglio“ wurde der Postdebit im ganzen Umfange der I. I. Staaten entzogen. — Das Polizeiministerium

hat die in Schneidemühl erschienenen Druckschriften: „Der Nachlaß des sterbenden Papstthums“ und „Garibaldi und die freireligiöse Reform in Italien“ von Johannes Czestki, für den Debit in den österreichischen Kaiserstaaten verboten. — Der Grazer Magistrat hat, wie in der letzten dortigen Gemeinderathssitzung zur Sprache kam, in einem Referate die Ansicht niedergelegt, die Dozentur der pathologischen Anatomie gerade dem Krankenhaus nicht zu erheblichem Nutzen. (!!!) Diese Ansicht wird dem Grazer Magistrat die Ehre verschaffen, sich in allen deutschen Journalen erwähnt zu finden. — Am 1. d. wurde in Capriana von einigen Kindern vermittelst Zündhölzchen ein Heustall in Brand gesteckt. In kürzester Zeit waren 62 Häuser von den Flammen ergriffen und in wenigen Stunden fast ganz zerstört. Zu noch größerem Unglücke leidet das Dorf Mangel an Wasser und waren die Einwohner größtentheils abwesend, indem sie die Heumahd auf den Alpen beschäftigte, so daß man der Ausbreitung des Brandes keine großen Hindernisse entgegenzusetzen konnte. Sonnabend den 3., als man das Feuer vollständig erloschen glaubte, erhob sich plötzlich ein starker Wind, fachte ein noch glimmendes Holzstück an und trug einen Funken auf das Dach der Kirche. Sogleich wuchs die Flamme, theilte sich dem Dache des Kirchthurms mit, und innerhalb eines kurzen Zeitraums befanden sich auch Kirche und Thurm in Asche. Der Schaden übersteigt 70.000 fl. und nur wenige Häuser waren verschont. Ein kleines Mädchen kam in den Flammen um. — Die „Klagenfurter Btg.“ meldet, daß dort seit Sonntag ein bedeutender Waldbrand auf der Obir (einer bei achtaufend Fuß hohen Alpen Spitze an der Grenze von Krain) gesehen wird, der Montag Abends eine große Ausdehnung genommen hatte. Seit zwei Tagen beobachtet man in der Richtung gegen das Loibthal in den Alpen ebenfalls einen heftigen Waldbrand.

[Erzherzog Max in England.] Das Ereigniß in Southampton (als ein solches gilt hier die Begrüßung des Erzherzogs Max in der britischen Hafenstadt) beschäftigt die Aufmerksamkeit in so hohem Maße, daß selbst die Spannung, mit der auf den Bescheid für den ungarischen Landtag gewartet wird, sich in Folge davon abschwächt. Man ist zwar der Meinung, daß die Scene in Southampton nicht ganz ohne äußere Anregung zur Darstellung gekommen ist. Roebuck, das Parlamentsmitglied, welcher mit seinem Kollegen und Geschäftsgenossen Leber noch immer um den Abschluß eines Kontrakts mit der diesseitigen Regierung ambirt, der ihm, einen Vortheil zum andern gerechnet, eine Zinsgewähr von 10 Proz. sichern wird, steht der Inszenierung nicht fern, womit nicht gesagt sein soll, daß der Gedanke von ihm ausgegangen ist. Das Thema von der englisch-österreichischen Allianz ist nun gegeben, und wird in den mannigfachen Tonarten bei uns und in England variirt werden. (BfZ.)

[Deputations aus der Bukowina.] Seit längerer Zeit schon befindet sich eine Abordnung der Epomaner, eigentlich Starowizen aus Czernowitz in Wien, um Abhülfe einiger Uebelstände zu erbitten, unter welchen die Internierung ihres Metropolitens nach Gilly, die Beschränkung der Mönchsaufnahme in ihr Kloster zu Bilatarnia (Weißbrunn), auch Fontana alba genannt) durch vorgeschriebene nothwendige Bewilligung der Behörden und die Ostroirung eines fremden Disrichters als die wichtigsten Gravamina erscheinen. Daß sie eine Restitution ihres Metropolitens durchsetzen werden, glaubt man nicht, da derselbe in Folge heftiger Klagen der russischen Regierung, welche ihn beschuldigte, daß er russischen Unterthanen die Priesterweihe ertheile und so der in Rußland noch immer stark verpönten, dennoch aber, nach Aussagen Vieler, gegen 8 Millionen Befenner zählenden Sekte der Starowizen oder Starobragi (Altgläubige oder Altbrüder) Vorzug leiste, von der österreichischen Regierung internirt wurde. Der Gewährung ihrer übrigen Bitten dürfte kein Hinderniß im Wege stehen.

[Der Aufstand im Neapolitanischen.] Die Nachrichten aus Neapel lauten schon in den Darstellungen der piemontesischen Blätter nicht sehr günstig für die neue Regierung; nach den Berichten, die man hier theils direkt, theils aus Rom hat, steht die Sache noch viel schlimmer. Die Erfolge der ausländischen Royalisten werden aus der tiefen Abneigung des Landvolkes gegen das piemontesische Soldaten- und Beamtenwesen erklärt. Diese Abneigung, verbunden mit der in der ländlichen Bevölkerung in der That vorhandenen Anhänglichkeit an die alte Dynastie, macht der bourbonnischen Agitation, die in den Priestern ihre thätigsten und gewandtesten Agenten hat, um so leichteres Spiel. In Turin ist man bereits auf den Gedanken gekommen, Garibaldi werde an die Spitze der Regierung von Neapel und Sizilien treten, ihn gewissermaßen das Land neu erobern zu lassen. (BfZ.)

Prag, 17. August. [Nationaltheater.] Eine Versammlung des Komite's für Errichtung eines Nationaltheaters fand am 13. d. statt, an welcher auch Palach theilnahm. Nieger war nicht anwesend, da er der Einladung nach Krain zu dem Slovenenkongreß gefolgt ist. Der wichtigste Beschluß der Versammlung war, den Statthalterrevizpräsidenten um Aufhebung des Statutenparagraphes zu bitten, welcher die Zahl der Komitemitglieder auf 120 beschränkt. Komitemitglieder werden die Herren allerdings leichter finden als Schauspieler.

Marienbad, 14. August. [Polnische Demonstrationen; Anschlag der Magyaren.] Die sehr zahlreiche hier anwesenden Polen haben es nicht lassen können, auch hier die Kirche zu politischen Demonstrationen zu mißbrauchen. Man fand es schon nicht ganz passend, daß sie bei einem Requiem für den Fürsten Czartorysti in nationaler Trauerkleidung mit Säbel und Konföderata an den Altar traten und Lieder sangen, die nicht in die Kirche gehören; man gönnte es ihnen aber gern, wenn sie sich auf einem Berge aufstellten, wo ein frommer Stiftsprälat von Tepel ein Kreuz hat aufrichten lassen, zur dankbaren Erinnerung daran, daß die Cholera die Stiftslande nicht heimsuchte, und dort Trauerlieder sangen. Chevorgestern nun, am St. Laurentztag, ließen die Polen in der hiesigen Kirche eine Messe lesen, weil an diesem Tage vor etlichen Hundert Jahren Litauen mit Polen vereinigt wurde. Nach der Messe aber sangen sie, trotz dem daß der Geistliche (ein Chorherr vom Prämonstratenserstift Tepel, welchem Marienbad gehört) Widerspruch erhob, wieder die Lieder von gemarteten Polen, die so kraß sinnlich sind, daß sie einerseits als Satrilegium streifen, andererseits ästhetisch völlig verwerflich sind. Widerwärtig ist es, daß die Ungarn sich den Polen überall anschließen und die Farce mitspielen. Es fällt auf, daß die Ungarn hier plötzlich ver-

schwunden sind; sie sind fast alle in den letzten Tagen abgereist; man glaubt, daß in Pesth etwas geschehen werde. Die Stimmung ist sehr gegen Ungarn; der kleine Mann schreibt den Ungarn, nicht ganz mit Unrecht, den Stand der Baluta zu. Als neulich hier österreichische Militär durchmarschirte, sollen polnische und ungarische Herren zu dem Lebehoch der Soldaten gejaßt haben. Benedek aber bligte sie an aus seinen braunen Augen und donnerte ihnen zu: „Ruhig!“ Lautlos traten sie zurück. (M. P. Z.)

Bayern, München, 18. August. [Erleichterung im Depeschverkehr.] In Bayern ist die dem Korrespondierenden Publikum willkommene Einrichtung getroffen, daß für diejenigen Korrespondenten, die den Telegraphen öfter und regelmäßig benutzen, zur Erleichterung der Depeschenaufgabe eine monatliche Kontingent der Gebühren stattfinden soll. Bei Anlage eines Kontos hat der Korrespondent ein dem mutmaßlichen Betrag der Depeschengebühren gleichkommenden Vorschuß zu erlegen, worüber allmonatlich Rechnung abgelegt wird.

Sachsen, Hanau, 18. August. [Bericht.] Die Polizeidirektion hat den Turnvorständen die Anzeige gemacht, es sei in Folge der bedauerlichen Vorfälle zu Hochstadt höheren Orts verfügt worden, daß in den Orten des Kreises Hanau auswärtige Turner nicht geduldet werden sollen, weshalb dieselben, bei Vermeidung der Auflösung der betreffenden inländischen Vereine, weder eingeladen noch aufgenommen werden dürfen.

Großbritannien und Irland.

London, 16. August. [Der Erzherzog Ferdinand Maximilian und die Erzherzogin von Oesterreich.] langten vorgestern Nachmittag in Southampton an und wurden am Bahnhof vom Major und der Korporation der Stadt feierlichst empfangen und mit einer Glückwunschsadresse begrüßt (i. Tel. in Nr. 190). Unter Anderem hieß es darin: daß Southampton als eine Handelsstadt und als Hafenplatz den Verkehr mit kontinentalen Nationen zu erweitern wünsche, und daher auch sein Augenmerk auf das große Oesterreich und seine Hülle von Erzeugnissen gerichtet habe. Außerordentliche Freude sprach die Adresse darüber aus, „eine so ausgezeichnete Verwandte unserer geliebten Königin, die höchst liebenswürdige und erhabene Erzherzogin des kaiserlichen Hauses von Oesterreich“ bewillkommen zu dürfen. Der Erzherzog erwiderte: „Herr Major und Gentlemen! Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für Ihre schmeichelhafte Anrede, vor Allem für die Art, wie Sie meinen Namen mit dem Ihrer geliebten und geehrten Königin in Verbindung gebracht haben. Ich ist in der That für die Erzherzogin und mich selbst ein Gegenstand unbegrenzter Freude, daß uns so innige Verwandtschaftsbande an eine Monarchie knüpfen, die sogar noch mehr durch ihre Privatthugenden glänzt, als durch die fast beispiellose Größe der Nation, über welche sie das Scepter führt. (Beifall.) Ich freue mich auch, daß Sie in mir jenem edlen Stande, dem England so viel Ruhm zu verdanken hat, Ehre erweisen wollen. Ich bin stolz, sehr stolz darauf, Seemann zu sein, und das Ziel meiner höchsten Bestrebungen und meines größten Ehrgeizes ist, nach meinen besten Kräften zur Entwicklung und zum Gedeihen der österreichischen Flotte beizutragen? Mein Vaterland ist jetzt konstitutionell, so wie das Ihre, und da es voller Anlagen zur Freiheit ist (hört!) und da es in vielen Stücken mehr Aehnlichkeit mit England als mit irgend einem anderen Staate Europa's hat, so lebe ich der Ueberzeugung, daß täglich stärkere Sympathien zwischen Großbritannien und Oesterreich entspringen, und daß daher die beiden Reiche sich politisch und kommerziell immer mehr zu einander hingezogen fühlen werden. So oft ich England wieder besuche, geschieht es mit dem herzlichsten Vergnügen, denn Niemand bewundert aufrichtiger als ich seine Größe und die Ursachen derselben, und nichts könnte mir eine edlere Freude gewähren, als die warme Begrüßung, die mir heute von den Bewohnern eines so wichtigen Gemeinwesens, wie Southampton, zu Theil geworden ist.“ Kaiser Beifall folgte auf die Rede des Erzherzogs. (Die „Times“ sagt, daß der Erzherzog habe die Rede abgelesen, „Daily News“ rühmt seine „Anrede“ und „Engländer.“) Die königliche Gesellschaft mit Gefolge, General Dods, welcher dem Beamten fuhr dann in einer Kutsche von Wagen nach der „an Bord“ allen ihren Theilen genau besichtigt wurden, und ging zuletzte „an Bord“ „Adriatic“. Die Docks waren gedrängt voll von Zuschauern, und die Schiffe flaggten. Der Direktor der Kompagnie verehrte dem Erzherzog einen Plan des Docks und ein sehr schön ausgestattetes, eigens für Sr. kaiserliche Hoheit gedrucktes Buch über den Hafen, die Flutzeit u. s. w. Nachher wurde eine Spazierfahrt auf dem Dampfer „Havre“ gemacht, während deren 3 Regatten saluirten. Den Schluß der Festlichkeiten bildete ein großes Feuerwerk, bei welchem der Major den Vorstoß führte, und zu dem sehr viele ausgezeichnete Gäste geladen waren. Lord und Lady Palmerston ließen sich schriftlich entschuldigen; eben so Lord Granville, der seine Abwesenheit damit erklärte, daß eben die Kommission zur Unterzeichnung des Seetraktats der Prinzessin Alice eine Sitzung habe. Die ausgebrachten Toaste galten zuerst der Königin, dann dem Kaiser von Oesterreich, dann dem Prinzen Gemahl und der königlichen Familie, dann dem Erzherzog Maximilian, der zur Erwidderung auf die fortdauernde Macht und Wohlfahrt Englands, „des Führers aller freien, thätigen und gewerblichen Nationen“, trant. Den Toast auf das Haus der Gemeinen beantwortete Roebuck in einer langen Rede, worin er die Großartigkeit der konstitutionellen Bestrebungen Oesterreichs hervorhob und sich darüber verbreitete, daß die Wurzel der englischen Macht nicht in Englands Klotten oder Fabriken, sondern in der Achtung des Volkes vor dem Gesez zu suchen sei; diese Achtung aber rühre daher, daß das Volk durch das Haus der Gemeinen sich seine Geseze selbst gebe. Stebbing, Präsident der Handelskammer, ließ den Handel Oesterreichs und Englands leben. Diese Gesundheit beantwortete der österreichische Gesandte, Graf Apponyi. „Ich habe“, sagte er, „glücklicherweise oft Gelegenheit gehabt, Alles, was in England so groß ist, in den verschiedenen Klassen der englischen Gesellschaft zu studiren, und wenn ich auf Oesterreich zurückblicke, so erkenne ich mit aufrichtigem Stolz, daß es viele derselben Anlagen zum Guten und Großen, und ich darf sagen, zur Freiheit hat. (Beifall.) Es ist der innige Glaube jener Oesterreicher, die England genau kennen, daß ihr Vaterland eines Tages mehr als irgend ein anderer kontinentaler Staat eine Nachahmung des englischen Vorbildes sein wird. Ich für mein Theil gestehe, daß meine wärmsten Hoffnungen sich auf die Thatfache gründen, daß alle Interessen beider Reiche dieselben sind. Es ist beinahe unmöglich, sich einen Fall zu denken, in welchem die Interessen Englands und Oesterreichs mit einander streiten könnten. England und Oesterreich sind Aeltere von Natur.“ (Beifall.) Um 6 Uhr Abends kehrten die hohen Gäste mit einem Extrazuge nach London zurück. Während sie durch die Straßen der Stadt nach der Eisenbahn fuhren, begleitete das Publikum sie mit lauten Beifallsbezeugungen.

[Die Ergebnisse der diesjährigen Volkszählung.] geben zu interessanten Ueberichten und Vergleichen Anlaß. In einer Abtheilung des Berichtes des Generalregistrator's wird London vor 200 Jahren mit dem heutigen London in gesundheitlicher Beziehung verglichen. Wie Alles in London, so, heißt es darin, geht auch die Zerstörung des Menschenlebens in großartigem Maßstabe vor sich; könnte man die in einem einzigen Jahre Gestorbenen wieweit man sie erwecken, so würden sie eine große Stadt besüllen. Doch hat sich die Sterblichkeit seit 200 Jahren in außerordentlichem Verhältniß vermindert. Von 1660–1680 starben von je 100.000 Personen jährlich 357 an den Pocken; jetzt sterben daran 42. An Fieber, Scharlach und häutiger Bräune starben 759, jetzt 227. Während ungefähr 8 von 100.000 heutzutage der Ruhr erliegen, raffte dieselbe Krauthheit damals 765 weg, die Dysenterie dagegen, eine mildere Form derselben Krauthheit, fordert jetzt 120 Opfer, während ihr damals nur 1 fielen. Weiber gebären noch heutzutage mit Schmerzen und Gefahr; die Sterblichkeit in Folge davon, die heutzutage 17 beträgt, betrug damals 86. Abgabung und die Krankheiten der Respirationsorgane waren sehr bösartig; die Zahl der Todesfälle war 1079, jetzt ist sie 611. An Krämpfen und Zahnfieber starben damals 1175, jetzt 136. Die Wasserucht, als Folge und Symptom des Storbuts und Fiebers war außerordentlich gefährlich; sie tötete damals 829, jetzt 26. Storburt und Frieseln forderten damals 142 Opfer, heutzutage 2. Davon abgesehen, wurde London damals von der furchtbaren Pest heimgesucht. Andererseits zeigen die Tabellen, daß Schlagfluß, Nervenlähmung, Gallucht, Gehirnkrankheiten und Selbstmord jetzt mehr Verheerungen anrichten; das Verhältniß ist, 151 gegen 57. Auch sind die gewaltigen Todesarten in unserer Zeit häufiger wie denn auch die Mittel und Werkzeuge der gewaltthätigen Tödtung zahlreicher find. Ueber die Ursachen der ehemaligen furchtbaren Sterblichkeit bemerkt der Generalregistrator, daß London im Winter an Lebensmitteln, namentlich an Gemüse und frischem Fleisch, Mangel litt,

so daß ein großer Theil der Bevölkerung den Stöckel bekam. Die Häuser waren beinahe so eng und schmutzig, wie im heutigen Konstantinopel und Kairo. In einem anderen Kapitel des Berichtes finden wir folgende Notizen über die Heirathen und Geburten im Jahresjahre. Es wurden 335,000 Paare getraut; davon eheftigten 137,000 Junggeheilen eben so viele Jungfrauen, und 8161 Wittwen eben so viele Wittwen; 7000 Junggeheilen heiratheten Wittwen und 15,493 Jungfrauen heiratheten Wittwen; 6 von je 100 Mannspersonen und 19 von je 100 Frauenspersonen, welche sich verheiratheten, waren unter 21 Jahre alt; 108,000 Personen oder ungefähr ein Drittel der Gesamtzahl der Getrauten setzten ein Zeichen an die Stelle der Unterschrift, und zwar betrug die des Schreibens Unkundigen 37 Prozent unter den Frauenspersonen und 27 unter den Mannspersonen. Geboren wurden im Laufe des Jahresjahres 690,000 Kinder, 350,000 Knaben und 340,000 Mädchen. Ungefähr 45,000 Kinder oder 6 1/2 Prozent wurden als unehelich eingetragen.

Frankreich.

Paris, 17. August. [Die Reden zur Einweihung des Boulevard Malesherbes; die Unruhen in der Türkei; Desfreich und England; Handelsvertrag mit Italien; der Prozeß Mirès.] Die Festlichkeiten des 15. August sind vorüber und die Ruhe ist wieder in Paris eingekehrt, welche namentlich durch die Eröffnung des Boulevard Malesherbes gestört worden war. Die Rede, mit welcher Herr Hausmann, der Präfekt von Paris, den Kaiser begrüßte, so wie die Ansprache Napoleons an die Municipalität haben die politischen Kreise der Hauptstadt Frankreichs angelegentlich beschäftigt. Herr Hausmann hatte für gut befunden, sich gegen die ihm in letzter Zeit mannichfach zu Theil gewordenen Angriffe bei dieser Gelegenheit zu vertheidigen und namentlich den arbeitenden Theil der Bevölkerung für sich und seine Unternehmungen zu gewinnen, indem er zu beweisen suchte, daß die Demolitionen in ihrem Interesse unternommen seien. Seine Rede blieb indessen ohne Anklang; gerade der Arbeiter weiß am besten, daß die glänzenden Häuser, welche an die Stelle der früheren bescheidenen Arbeiterwohnungen getreten sind, für ihn nicht erbaut werden; er ist in die Vorstädte hinausgedrängt worden und erleidet dadurch an Zeit und Geld einen harten Verlust, den die demokratischen Redensarten nicht vergessen machen. Die Ansprache des Kaisers hat freilich eine andere Bedeutung, und vor Allem ist ihr Inhalt den unteren Klassen einleuchtend. Diese Ermahnungen an die Municipalität, die Lage der arbeitenden Klassen unaufhörlich zu verbessern, die Aufmerksamkeit über die vielleicht bald bevorstehende Aufhebung der Schlicht- und Wahlsteuer klingen dem Ohr der Arbeiter angenehm und es ist kein Wunder, wenn die Ausrufer der kaiserlichen Rede in den Straßen hinzusetzen: „die Rede des Kaisers im Interesse des Volkes.“ Die starke Initiative, welche die Regierung in allen Unternehmungen ergriffen hat, die von Bedeutung für die Arbeiterverhältnisse waren, hat veranlaßt, daß die Persönlichkeit Napoleons von den niederen Ständen mit Allem in Zusammenhang gebracht wird, was für sie von Wichtigkeit ist, selbst wenn es auch durchaus nicht durch ihn veranlaßt worden ist. In den Arbeiterklassen liegt der eigentliche Schwerpunkt der augenblicklichen Regierung, und die kaiserliche Rede beweist zur Genüge, daß der Kaiser sich dieses Umstandes vollständig bewußt ist. Dennoch hat dieselbe einen wesentlichen verschiedenen Eindruck von seinen bisherigen Ansprachen auf das gebildete Publikum gemacht. Man will finden, daß sich in denselben eine gewisse Distanz anzeigt, welche sonst in seinen Ansprachen nicht zu finden gewesen, daß der Kaiser eigent-lich, im Bewußtsein, die Demolitionen und Neubauten nicht verantworten zu können, sie gewissermaßen entschuldigt und die Masse der Nation durch Versprechungen zu gewinnen sucht, kurz man will in der Rede das Symptom eines neuen Zustandes bei ihm sehen, der Furcht vor einer nicht unmöglichen Veränderung in den Ideen der Nation. Die liberale Partei ist ihm in Folge der italienischen Ereignisse vollständig entfremdet, die liberale Partei, welche sich aus den wohlhabenden Klassen bildet, ist der Regierung zu keiner Zeit günstig gewesen, allein die Arbeiter haben bis jetzt mit nur geringen Ausnahmen am Kaiserreich festgehalten, wenngleich sie nicht alle Handlungen desselben billigten, und sie werden auch aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine Zeitlang daselbst stehen, da es augenblicklich in Paris keine hervorragenden Männer giebt, welche einen solchen Einfluß auf dieselben ausüben, wie Louis Blanc zur Zeit Louis Philipps. Es ist indessen zu bemerken, daß, wo sich die Stimme eines ihrer alten Führer vernimmt, sie sich sofort um ihn scharen. Ich habe mannichfache Gelegenheiten gehabt, dies namentlich seit der Gründung des „Temps“ zu beurtheilen, in welchem Blatt Louis Blanc in furchtbar systematischer Weise die Arbeiterverhältnisse in England, natürlich mit Rücksicht auf die französischen Zustände, vergleicht, und seine eigenen Theorien dabei einfließen läßt. Die Arbeiter haben ihren Freund von 1848 gleich erkannt und folgen demselben mit vielem Interesse.

Man sieht hier nicht ohne Sorgen den Verwickelungen zwischen der Pforte einerseits, den Donaufürstenthümern und Montenegro andererseits entgegen; wenn indessen einige Blätter daraus die Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges folgern wollen, so nehmen sie die Verhältnisse ernster, als sie es verdienen. Vorläufig wenigstens bezweifelt man in den hiesigen politischen Kreisen durchaus, daß die Mächte sich zu irgend einer drohenden Maßregel gegen die Pforte entschließen werden, welche so entschieden gegen das Interesse Desfreichs und Englands gerichtet sein würde. Hinsichtlich der orientalischen Frage ist natürlich auch allein die Rede von der Möglichkeit eines englisch-österreichischen Bündnisses, von welchem durch den Besuch des Erzherzogs Maximilian in Osborne und seinem Empfang in Southampton mehrfach die Rede gewesen ist. Allein es fragt sich, ob Desfreich augenblicklich der englischen Regierung die nöthigen Garantien geben kann, ohne welche diese Macht sich nur selten zu einem Beistand verpflichtet. Ein englisches Bündniß mit dem österreichischen Kaiserthum erscheint allerdings ein ziemlich widersprüchliches, so lange Benefiten außerhalb des Königreichs Italien sich befindet. Man zweifelt daher nicht an dem guten Willen Franz Josephs, diese Allianz zu Stande zu bringen, aber an der Geneigtheit des englischen Ministeriums. — Ich schrieb Ihnen von den Bemühungen Nigra's, einen Handelsvertrag mit Frankreich im Namen seiner Regierung abzuschließen, und machte Sie auf die Bedeutung eines solchen Schritts aufmerksam. Wie ich höre, macht indessen die französische Regierung einige Schwierigkeiten, indem sie erklärt, der Zustand Italiens erlaube nicht, internationale Handelsverträge mit diesem Lande abzuschließen. Diese Anschauung der Regierung ist jedenfalls eigenthümlich, allein sie wird bekräftigt durch einige Mittheilungen der heutigen „Patrie“, welche möglich mit ziemlicher Entschiedenheit für die aufständischen

Neapolitaner Partei nimmt, und erklärt, daß man aus der Ausdehnung der Insurrektion annehmen müsse, die sardinische Regierung sei daselbst wenig beliebt. Wenngleich die „Patrie“ nicht offiziell ist, so vertritt sie doch die Ansichten der Regierung, und eine solche Sprache ist bezeichnend. — Die Mirèsche Angelegenheit kommt am Montag in der zweiten Instanz zur Verhandlung, doch wird sie wahrscheinlich noch einige Tage hinausgeschoben werden; als Vorzeichen des Prozeßes ist heute eine Broschüre erschienen, in welcher die Aktionäre sich durch das Organ eines Herrn Details für Mirès aussprechen und ausdrücklich erklären, daß sie ihr Vertrauen in ihn setzen, um die gemachten Verluste auszugleichen.

Paris, 17. August. [Die römische Frage] ist wieder stark ins Schaufenster gerathen, und es ist jetzt die Reihe abermals an die klerikalen Blätter gekommen, laut zu sprechen, während „Constitutionnel“ und „Pays“, die noch vor wenigen Tagen vor nationaler Entrüstung überschäumt, ganz still geworden sind. Die Truppen bleiben in Rom; der Kaiser hat dies durch Herrn Thouvenel in einer Depesche dem römischen Stuhle mitgetheilt, so meldet die „Union“, indem sie sich dabei auf die Autorität ihres römischen Korrespondenten stützt. Zur Bemäntelung dieser in Rom jedenfalls mit großer Verübung aufgenommenen Verlängerung des Status quo wird die unerwünschte, durch keine Beleidigung zu dämpfende Hingebung des Kaisers an die Kirche und den heiligen Vater gebührend hervorgehoben. Andererseits hat sich Kardinal Antonelli herbeigelassen, die leidenschaftlichen Aufwallungen des Herrn v. Merode zu entschuldigen und von nun an mit General Goyon sich in direkte Verbindung zu setzen. Es soll dadurch der nationalen Ehre Frankreichs eine diplomatische Satisfaction gewährt werden. Dazu kommt nun die bereits gestern angezeigte Reise des Kardinals Nardi nach Paris, um dem Kaiser ein Handschreiben des Papstes zu überreichen. Wenn sich in dieser Beziehung die Umstände, für einige Zeit wenigstens, günstiger für die Sache des Papstthums gestaltet haben, indem es durch das Verweilen der französischen Truppen einen materiellen Schutz, durch die Nachgiebigkeit der französischen Politik wieder einen moralischen Vortheil sich sichert, so sind die Nachsichten von der anderen Seite auch günstiger für die Sache der italienischen Einheit geworden. Es ergibt sich aber daraus ein Widerspruch, der, je stärker er hervortritt, um so sicherer dem bisherigen unnatürlichen Zustande der Dinge über kurz oder lang ein Ende machen muß. Italien soll nämlich demnach von Holland förmlich anerkannt werden, und wenn man den Meldungen der offiziellen Presse Glauben schenken darf, so steht selbst Belgien, dessen vorsichtiger König bisher keine große Neigung dazu verspürte, auf dem Punkt, ein Gleiches zu thun. (R. 3.)

Schweiz.

Bern, 16. August. [Entlassung des Prof. Ecardt in Luzern.] Die Regierung von Luzern hatte vor einem Jahre den Professor Dr. Ludwig Ecardt aus Wien, Dozenten in Bern, an die dortige Kantonschule als Lehrer der deutschen Sprache und Literatur berufen. Sofort fand der Mann seine Opposition: zuerst von politischen Gegnern, dann aber trat die gesammte Geistlichkeit in die Schranken, indem sie durch einzelne Stellen aus den philosophischen und poetischen Schriften Ecardts nachzuweisen suchte, daß er irreligiösen Grundbegriffen huldige und daher nicht als Lehrer an einer katholischen Anstalt zu wirken geeignet sei. Die Regierung antwortete auf alle Rundgebungen mit einer provisorischen Wiederbestätigung Ecardts. Nun verlangten zwölf Mitglieder des Großen Rathes die sofortige Einberufung der obersten Landesbehörde, welche am 13. August erfolgte. Die Opposition stellte den Antrag, die Regierung einzuladen, daß sie der Bestätigung des Professors keine Folge gebe. Eine Kommission wurde mit Untersuchung der Sache beauftragt. Die Mehrheit derselben war der Regierung günstig; da änderte sich plötzlich der Wind; die sogenannten Liberalen vom Lande gingen mit ihren Gegnern eine Verständigung ein, deren Resultat war, den deutschen Professor dem Klerus zu opfern. Und so geschah es. Umsonst wies der Veteran der schweizerischen Liberalen, Dr. C. Pfyster, nach, daß kein genügender Grund vorliege, die Regierung zu desavouiren; mit 71 gegen 19 Stimmen ließ der Große Rath sie im Stich und verfügte Ecardts Entlassung auf den 18. August l. Z. Das ist in kurzen Zügen der Hergang eines Kampfes, dessen Kern viel größere Bedeutung hat, als die Belegung des luzernerischen Lehrstuhles: es ist ein eklatantes Mißtrauens-Votum gegen die Regierung. (R. 3.)

Italien.

Turin, 14. August. [Zur römischen Frage.] Man schreibt der „R. 3.“: Es ist schon vor einiger Zeit, gleich nach Nigra's Ankunft in Paris, eine Mittheilung des französischen Kabinetts hierher gelangt, worin dringend empfohlen wird, den militärischen Operationen gegen die Räuberbanden im Neapolitanischen keine Richtung zu geben, welche möglicherweise ein Zusammenstoßen der italienischen Truppen mit den französischen veranlassen könnte. Ein solches Zusammentreffen sei um jeden Preis zu vermeiden. Wenn ich Andeutungen trauen darf, welche mir von einem sehr wohlunterrichteten Manne gemacht worden, so ist der Kaiser fest entschlossen, an den Status quo im Römischen während einiger Wochen, vielleicht sogar während einiger Monate, nicht zu rühren. Diese Haltung der französischen Regierung hat ihren Ursprung aber durchaus nicht in einer Erkaltung der französischen Sympathien für die Sache Italiens. Der Kaiser soll gesagt haben, die Frucht werde in Folge des Aufschubes nur um so besser reifen, und, Dank sei es den allgemeinen und einstimmigen Rundgebungen der öffentlichen Meinung, die Lösung wird in einiger Zeit eine leichtere und naturgemäße werden, und selbst Seitens der katholischen Mächte eine minder beanstandete sein. Hier trägt man dieser Anschauung Rechnung, weil man eben nicht anders kann; man ist aber keineswegs überzeugt. Während Frankreich also zu pausiren gesonnen scheint und seiner Thätigkeit in Bezug auf die römische Frage fern bleibt, arbeitet man hier gleichzeitig mit den Operationen im Neapolitanischen auf diplomatischem Wege daran, und die schon so oft vergebens angestrebte und auf verschiedenen Grundlagen versuchte Annäherung herbeizuführen. Abbé Passaglia, der wieder einen Abstecker hierher gemacht und lange Unterredungen mit Minghetti gepflogen hat, scheint in dieser Beziehung thätig zu sein. Ob man seiner Thätigkeit auch Erfolg versprechen kann, bleibt indessen zweifelhaft genug, da die päpstliche Regierung fortwährend jeden Vergleich von sich weist. Dagegen können die Bemühungen des vertrauten Agenten für den Fall gewisser Eventualitäten um so erfolg-

reicher werden, als die Meinung der Kardinalen italienischer Herkunft den nationalen Bestrebungen täglich günstiger wird. Merode hält sich nur, weil er von den die Reaktion vertretenden europäischen Mächten nachdrücklich unterstützt wird.

Rußland und Polen.

Aus dem Königreich Polen, 18. Aug. [Strenge Maßregeln; Schlägereien zwischen deutschen und polnischen Arbeitern.] Die letzten Vorgänge in Warschau haben abermals Veranlassung zu strengeren Maßregeln gegeben, die sich nicht allein auf die Anstalten zur Erhaltung der Ruhe im Innern erstrecken, sondern auch verschärfte Verordnungen in Bezug auf die Fremdenpolizei und das Waffwesen herbeigeführt haben. Auch soll, wie verlautet, die Besatzung des Königreichs verstärkt und noch ein Korps von 10,000 Mann aus dem Innern Rußlands herangezogen werden. — In der Gegend von Lomica kam es am 16. d. zu Schlägereien zwischen den deutschen und polnischen Arbeitern, die bei der dort zu erbauenden Bahnstrecke beschäftigt sind und bis dahin friedlich zusammengelebt hatten. Seit einigen Tagen hatten sich zwei Menschen dort eingefunden, welche, jeder für sich, auf einer Seite die Deutschen gegen die Polen, auf der anderen die Polen gegen die Deutschen dadurch aufzureizen suchten, daß sie den Leuten weiß machten, der eine Theil wolle den anderen in der Nacht vom 16. zum 17. d. überfallen und niedermegeln. Da von beiden Seiten viele dieser Vorpiegelungen Glauben schenkten, suchte man gegenseitig Händel, die am 16. endlich so blutig wurden, daß vier Personen schwer verwundet und zwei getödtet wurden und man militärisches Einschreiten veranlassen mußte. Die Ruhe ist zwar wiederhergestellt, allein das Mißtrauen ist geblieben und die Parteien sind so erbittert auf einander, daß Wiederholungen der blutigen Scenen zu fürchten sind. Daß hier die Propaganda der Agitationspartei im Spiele ist, bleibt kaum zu bezweifeln, und man sieht hieraus, daß kein Mittel verschmäht wird, um Unfrieden und Unruhe zu stiften, Reibungen herbeizuführen und die Behörde in unangenehme Situationen zu bringen. Ein besonderer Heer für die Vereitung der gegen die Regierung abzurückenden Pfeile ist neben der Hauptstadt der Radomer Bezirk, wo beständig besondere Agenten der Agitatoren Berathungen zu halten und über das Wohl und Wehe des Landes, weitergreifend auch wohl anderer Staaten und Länder, zu entscheiden pflegen.

Warschau, 17. August. [Rechtsverweigerung.] Vor einiger Zeit verkaufte der damals hier in hohen Würden stehende und beim Fürsten-Statthalter Pastjewitsch sehr beliebte Geheimrath Brujewitsch einem preussischen Edelmann, Kaver v. Laszewski, seine Donationsherrschaft Lagnow unweit Petrikau mit sämtlichen Revenüen dieser Güter, welche er indeß vorher dem Staate für widerrechtlich aufgenommene Schulden verpfändet hatte. Bekanntlich dürfen Donationsgüter nicht verschuldet sein. Trotzdem umging Pastjewitsch diese gesetzliche Bestimmung zu Gunsten seines Lieb- lings und der damalige oberste Gerichtshof des Königreichs (der Senat) legalisirte in aller Form Rechtsens den Kontrakt, wodurch Herrn Laszewski nicht nur sein in die Güter eingebrachtes Eigenthum verloren ging, sondern auch unmöglich gemacht wurde, in den Besitz seines bedeutenden Inventariums zu gelangen, weil der auf demselben haftende gerichtliche Arrest nicht aufgehoben werden konnte. An die Stelle des Landesgesetzes traten die völkerrechtlichen Bestimmungen, welche auch die kgl. preussische Regierung theils direkt, theils durch das hiesige Generalkonsulat während acht Jahren reklamirte, wiewohl Rußland bereits im zweiten Jahre die That- sache der Rechtsverweigerung anerkannt hatte. Im J. 1859 ließ Laszewski die Geschichte seiner Vererbung in Berlin drucken, und als die beiden Regierungen sich über die Entschädigungsfrage nicht einigen konnten, wurde Hr. v. L. offiziell veranlaßt, nach Warschau zu gehen und selbst mit der hiesigen Regierung zu unterhandeln. Er ist bis jetzt noch nicht zum Ziele gelangt; doch soll er sich während dieser beiden Jahre hinlänglichen Stoff zu einer verbesserten Auflage seiner Schrift gesammelt haben, die, falls die Sache nicht bald beendet wird, unfehlbar erscheinen dürfte. Die Unterhandlungen drehen sich um den Punkt, wonach Hr. L. seinen ihm durch allerhöchste Zusicherungen verliehenen Rechten entzogen und sein Schicksal, bez. die Entschädigungssumme, einem Schiedsgericht anvertrauen soll, was er natürlich aus guten Gründen verweigert. Vielleicht dient diese erneuerte Anregung der Sache dazu, dieselbe einem schleunigeren Ende zuzuführen: wenigstens glauben wir auf richtig, daß eine anständige Beendigung derselben nicht bloß im Interesse des Mannes liegt, der nun allmählich seiner letzten Substanzmittel entblößt wird. Die Klagesumme soll sich auf etwa 30,000 Rbl. belaufen. (Schl. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. August. [Die Presse über die dänischen Zugeständnisse.] „Fædrelandet“ pausirt in seinen Angriffen auf die von der Regierung gemachten „Zugeständnisse“; dagegen greift „Flyveposten“ dieselben desto heftiger an. Auch „Dagbladet“ scheint sich besonnen zu haben, denn während es die finanzielle Seite der „Zugeständnisse“, obgleich ziemlich schwach, vertheidigt, legt es den Ton um so schärfer auf die politische Seite derselben. Dänemark habe durch sein Entgegenkommen nichts Positives und Definitives erreicht. Das Interesse, welches die nichtdänischen Mächte bis jetzt an ihm genommen hätten, werde bei längerer Dauer der internationalen Unterhandlungen immer mehr vertrauen; im nächsten Frühjahr werde sich Dänemark wieder ebenjo rüsten müssen wie in diesem Jahre, da die Bundeskon- kulation drohend über seinem Haupte hängen bleibe. Nur die „Ber- lingske Tidende“ wird nicht müde, die Erfolge zu preisen, welche die Regierung über Deutschland errungen hat. (R. 3.)

Türkei.

Belgrad, 8. August. [Gewaltsame Bekehrung.] Seit einigen Tagen macht hier die Bekehrung eines jüdischen zwölf Jahre alten Mädchens zur griechisch-orthodoxen Kirche viel von sich zu reden. Der Fall erinnert an die berühmte Mortarage- schichte. Das genannte Kind verschwand nämlich seinen Eltern, und als diese durch die Polizeibehörden Nachforschungen anstellen lassen wollten, erfuhren sie, daß ihr Kind nicht verloren sei, sondern bei einem Geistlichen (Popen) sich befinde, weil es den Wunsch geäußert habe, zur christlichen Religion überzutreten. Reklamationen der gesammten hiesigen israelitischen Gemeinde beim Erzbischof um Ausfolgung des Kindes blieben ohne Erfolg und

selbst die vom Fürsten Michael zu Gunsten der israelitischen Gemeinde erlassenen Befehle waren fruchtlos, weil das Kind inzwischen veranlaßt worden war, das christliche Glaubensbekenntnis abzulegen. (H. 3.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 8. August. [Neues Kabinett.] Der schon angekündigte Ministerwechsel ist eingetreten. Das neue Ministerium wurde am 3. d. aus folgenden Personen zusammengelegt: Präsident und Minister des Innern Demeter Ghika, Kriegsminister Jean Ghika, Finanzminister Alexander Vlagino, Unterrichts- und Kultusminister Falcoyano, Justizminister Jean Cantacuzeno, Minister des Auswärtigen Arsiati, Kontrolminister Georges Valeano. Der Kabinettspräsident Demeter Ghika hat an die Departementspräsidenten ein Zirkular gerichtet, das als politisches Programm des neuen Ministeriums betrachtet werden kann, und in welchem besonderer Nachdruck darauf gelegt wird, der geheimen Propaganda ein Ende zu machen, und die Beziehungen zwischen Bauern und Grundbesitzern zu überwachen.

Asien.

Hongkong, 28. Juni. [Beziehungen zu Japan und China; Graf Eulenburg; Uebervermehrung; Auflösung der chinesischen Fremdenlegation; Unstetigkeit; Abzug der europäischen Truppen aus Kanton.] Seit Abgang der letzten Post hat sich wieder in den Beziehungen zu Japan noch zu China etwas Störendes ereignet. Was Japan anbelangt, so fällt es auf, daß gar nichts geschieht, um eine Befriedung der Mörder des Herrn Heusen, Sekretärs der amerikanischen Gesandtschaft, herbeizuführen, obgleich der englische Generalkonsul, Herr Alcock, in einem seiner Erlasse erklärt hat, nicht eher auf seinen Posten zurückzukehren, als bis die Mörder ausgeliefert seien. Da nun seit seiner Rückkehr eine längere Zeit verfloßen ist, ohne daß der Sache weiter gedacht wird, so glaubt man annehmen zu müssen, daß sie gänzlich unterdrückt werden soll. In Peking herrscht ein sehr gutes Einverständnis zwischen den chinesischen Staatsbehörden und den Vertretern der fremden Mächte. Die Nachrichten aus Neu-Schwang, dem neu eröffneten Hafen in der Mantschurei, schildern die Umgegend als flach undumpfig; Schladtrich ist schwer zu erlangen und fruchtlos. In anderer Beziehung sind die Ausichten für den neuen Verkehrsplan nicht ungünstig. — Aus Tientsin wird gemeldet, daß der preussische Gesandte Graf Eulenburg mit Tsungshan unterhandelt, nachdem er vergeblich von den Behörden in Tientsin die Erlaubnis zur Reise nach Peking zu erlangen versucht hatte. — Der Fluß Yang-tse ist auf der ganzen Strecke oberhalb von Kanton so stark über die Ufer getreten, daß alle Niederungen um Kanton unter Wasser zu stehen scheinen und die Bewohner der Stadt für ihre eigene Sicherheit fürchteten; die Strömung im Fluß hat stark zugenommen und gute Ankerplätze sind schwer zu finden. Die Rebellen machen noch immer ab und zu Versuche, sich Tsching-Kiangs zu bemächtigen. — Aus Schanghai wird gemeldet, daß die meist aus desertierten europäischen Matrosen bestehende, g. chinesische Fremdenlegation, welche im kaiserlichen Dienste stand, aufgelöst worden ist, nachdem sie zuvor, auf 70 Mann zusammengekommen, einen verunglückten Angriff auf Tsingpu gemacht hatte, bei dem sie 23 Mann einbüßte. Der Rest wurde zum größten Theile eingekerkert und den betreffenden Konsuln überliefert. — In der Umgegend von Schanghai kommen viele Raub- und Mordthaten vor; besonders sind die Seidenaufläufer der Vererbung ausgelegt. Auch Piraten zeigen sich auf dem Fluß und es ist ein britisches Kanonenboot abgefangen worden, um ihre Schlußwunden aufzuklären. — Zu Anfang Oktober sollen die europäischen Truppen aus Kanton abziehen und die chinesischen Behörden sind jetzt schon damit beschäftigt, den militärischen Schutz der Stadt selbst zu übernehmen, zu welchem Zwecke sie hier und in Macao Kanonen ankaufen. (B. H. B.)

Militärzeitung.

Nordamerika. [Die stehende Armee.] Die heutige stehende Armee von Nordamerika datirt eigentlich erst von dem englisch-amerikanischen Kriege von 1812 — 1816, denn die ältere Armee von 1776 — 1784 war gleich nach Beendigung des großen Unabhängigkeitskrieges bis auf geringe, kaum nennenswerte Kadres wieder aufgelöst worden. Die hervorragende Bedeutung, welche die freiwilligen Milizen in der siegreichen Schlacht bei New-Orleans 1816 sich erworben hatten, machte indeß auch bei dieser Gelegenheit das Ansehen der stehenden Truppen schnell wieder sinken, doch hielten sich der Präsident und der Senat der Vereinigten Staaten nichtsfürwider nach dem Friedensschlusse gemüthigt, etwa 6000 Mann reguläres Militär beizubehalten, die vorzugsweise nach den Grenzorten verlegt und hier in den Indianerkämpfen verwendet wurden. Die schnell abnehmende Kriegeslust der Grenzbevölkerungen, welche bis dahin diese Kämpfe durchgehend beinahe mit den eigenen Kräften geführt hatten, war für diese Konzeption maßgebend gewesen, außerdem aber hatte sich in dem englischen Kriege denn doch auch die unbedingte Nothwendigkeit herausgestellt, wenigstens für die Spezialwaffen, die Artillerie, das Genie und die Kavallerie, schon für den Frieden stärkere reguläre Stämme unterhalten zu müssen. Früher bereits, nämlich 1802, aber in der ersten Anlage vorzugsweise nur zur besseren Heranbildung der Milizoffiziere bestimmt, war zu Westpoint, im Staate Newyork, eine Offiziersakademie begründet worden, welche nun 1817 eine durchaus militärische Organisation erhielt und damals für 120 Schüler bestimmt wurde, während jetzt diese Zahl auf 260 angewachsen ist. 1838 — 1840 war die Armee bei den damals obwaltenden bedrohlichen Verwicklungen mit England auf ungefähr 16,000 verstärkt worden, bereits 1842 erfolgte jedoch deren Reduktion wieder auf etwa 9000 (717 Offiziere, 17 Magazinsbatter, 250 Festungsartilleristen, 7590 Unteroffiziere und Gemeine), welche in 1 Regiment Dragoner, 1 reitende Scharfschützen, 1 Artillerie und 8 Regimenter Infanterie eingetheilt waren. 1846 kamen dazu ein Regiment reitender Jäger, 1851 ein zweites Regiment Dragoner und ein zweites reitendes Jägerregiment. In der Zwischenzeit, 1847, zum Beginn des mexikanischen Krieges, war die stehende Armee auf 17,795 Mann, mit Einschluß der Offiziere, erhöht gewesen und die Kongresse vom 11. Februar 1848 bewilligte dazu noch die Errichtung von 10 weiteren regulären Regimentern, welche Vermehrung bei dem bald eintretenden Frieden jedoch nur theilweise erfolgte und schließlich noch im Herbst desselben Jahres völlig rückgängig gemacht wurde. Die Zahl der Freiwilligen während derselben Kriegesperiode stieg bis auf 71,309 nebst noch 252 freiwillige Generalstabsoffiziere, wovon 32,425, nämlich 4630 für die Kavallerie, 389 für die Artillerie und 27,406 für die Infanterie auf die Dauer des ganzen Krieges, die Anderen jedoch nur auf die Zeit von 3 — 12 Monate kapitalisiert hatten. 1858 bestand die Armee wieder nur aus 10,334 Mann, einschließlich 889 Offizieren, welche in 2 Regimenter Dragoner, 1 berittene Schützen, 4 Regimenter Artillerie (jedes in 6 Kompagnien à 180 Mann stark), 8 Regimenter Infanterie, ein Korps Ingenieure, ein beglücktes topographischer Ingenieure und ein Festungs-Artilleriekorps eingetheilt waren. Noch in demselben Jahre traten indeß wegen der Utah-Expedition 2 Regimenter reitende Jäger und 2 Regimenter Infanterie dem hinzu, wonach später auch noch 3 Freiwilligen-Regimenter, und zwar 1 Kavallerie, 2 Infanterie, angeworben wurden. 1860 war der Stand der Armee bei denselben aber bereits in der Mannschafft wieder sehr reduzierten Bestandtheilen nach dem Armyregister 12,931 Mann, worunter 1033 Offiziere. Durch Kongressakte vom 3. März 1851 war übrigens außerdem die Errichtung eines Kranks- und Verwundungshauses (Military Asylum) bestimmt worden, in welches alle invaliden Soldaten der Armee, reguläre wie freiwillige, aufgenommen werden sollten, wofür sie zu dessen Erhaltung beizutragen hatten. Der Betrag ward auf 25 Cent pro Monat bestimmt, welche vom Sold abgezogen werden. Als Handlungssumme wurden außerdem 118,791 Dollars der mexikanischen Kontribution angewiesen, fortlaufende Unterstützungssummen bilden nächst dem noch die ziemlich häufig beim Militär als Strafen angewendeten Bohnungsabzüge, die Guthaben der Deserteurs und kriegsgerichtlich verurtheilten Soldaten, die der innerhalb dreier Jahre nicht von den gesetzlichen Erben eingeforderte Nachlass verfallener Militärs. Der Kursum auf der Militärakademie von Westpoint ist auf fünf Jahre festgelegt, und erhalten die Kadetten während dieses Zeitraums pro Monat 16 Dollars und eine doppelte Ration oder ein Äquivalent von 40 Cents für den Tag. Je nach mehr oder minder gut bestandenen Examen werden sie dann als Offiziere den Ingenieuren, der Artillerie, Kavallerie oder Infanterie zugetheilt. 1848 bereits waren 34 Lehrer an der Anstalt thätig, deren Zahl gegenwärtig bis auf 43 angewachsen ist. Die Desertion wird bei dem gemeinen Soldaten im ersten Falle mit 20 Hieben mit der neuschwängigen Kette und einem Vierteljahr Stratarbeit, im Wiederholungsfall mit 50 bis 100 Hieben und einjähriger Stratarbeit bestraft, wonach das betreffende Individuum weggeführt wird. Die Ergänzung der Armee geschieht bekanntlich ausschließlich

durch Werbung. Handgeld, Sold, Verpflegung sind sehr hoch und gut bemessen, aber der Betrug in der Militärverwaltung übersteigt alle Begriffe und erhalten deshalb die Soldaten lange nicht, was ihnen zuständig ist. Die Strafen übersteigen an Härte selbst die in der englischen Armee, die Disziplin läßt desjenigen geachtet aber vieles zu wünschen übrig. Das Offizier-Advancement ist dem gemeinen Soldaten bei der stehenden Armee durchaus abgeschnitten, und der Lehrkursus auf der Akademie zu Westpoint entscheidet dafür; das Advancement der Offiziere unter sich dagegen ist durchaus an keine feste Regel gebunden und namentlich bei der Kavallerie und Infanterie, noch mehr aber beim Generalstab, fast ausschließlich von der Vetter- und Verwandtschaft unter den einflussreichen Kongressmitgliedern und anderen sauberen Einflüssen abhängig. Die seltsamen Vorgänge in der Schlacht bei Bull's Run und die trefflichen Leistungen namentlich der Generalstabsoffiziere bei dieser Gelegenheit dürfen nach dem freilich erklärlich erscheinen.

Aus polnischen Zeitungen.

Der „Radwislanin“ brachte in Nr. 74 eine Korrespondenz aus Bomst, in welcher es heißt: „Regelmäßige Leser dieses Blattes, warten wir schon seit einiger Zeit auf die Mittheilung eines Vorfalles, der sich am 28. Juli in Goscieszyn bei Wollstein zugetragen hat, von fundiger Hand. Wir ergreifen nun mit ungeübter Hand die Feder, wollen das Vorgefallene als Zeugen ab ovo darstellen, und stellen der Redaktion den freien Gebrauch anheim. Die Dekane und Inspektoren der ländlichen Schulen haben in der letzten Hälfte des vorigen Monats eine Verfügung erhalten, Inhalts deren sie den ihnen untergebenen Lehrern verboten sollten, in den Kirchen näher bezeichnete revolutionäre Lieder zu singen. Der Probst Wojtaszewski in Goscieszyn empfing gleichfalls diese Verfügung und machte am Sonntag den 28. v. M. vor dem Gottesdienst den dortigen Lehrer mit dem Inhalt derselben bekannt, wobei er ihm verbot, an dem Gesänge theilzunehmen, falls ihn das Volk anstimmen sollte. Der dienstfertige Lehrer, welcher zugleich die Funktion eines Organisten versieht, fing, als das Volk während des Gottesdienstes das Lied „Boze coś Polskę“ anstimmte, an, etwas Anderes zu spielen und ließ die Orgel in allen möglichen Disharmonien herumarbeiten, um nur den Gesang zu verhindern. Da jedoch das Volk auf die Mahnung des Organisten nicht achtete und das begonnene Lied weiter sang, verließ der Priester inmitten der heiligen Messe das Gotteshaus und ging zum Vergerniß aller Gemeindeglieder nach Hause.“ [Sollte obige Mittheilungen wahr sein, hätte jedenfalls die königl. Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen die Aufseher auf Grund §. 136 Str. G. B. die Untersuchung zu eröffnen, welcher wörtlich bestimmt: „Wer in Kirchen durch Erregung von Lärm und Unordnung den Gottesdienst verunruhigt oder stört, soll mit Gefängniß von einem Monate bis zu drei Jahren bestraft werden.“] „Das Volk wartete, nachdem es das Lied zu Ende gelungen, noch eine Stunde in der Kirche auf den Geistlichen, aber als auch die Kirchendiener sich entfernten, begab es sich betrübten Herzens nach Hause, und es hat sich in ihm die Ansicht immer mehr bestärkt, daß sich hier an der Grenze des Großherzogthums das Bedürfnis nach einem andern geistlichen Hirten herausstellt. Indem wir dieses Faktum zur Kenntniß der Redaktion bringen und die Hoffnung aussprechen, daß sie es zur öffentlichen Kenntniß unserer Landsleute bringen werde, bürgen wir für die Wahrheit in unserem Namen und in dem der Uebrigen, welche bei dem Gottesdienste anwesend waren.“

Zur Entgegnung auf obige Mittheilung bringt dasselbe Blatt in seiner Nr. 77 eine Erklärung von 14 Geistlichen aus dem Gräber Dekanat vom 10. d. M., welche lautet, wie folgt: „Die Nr. 74 des „Radwislanin“ vom 8. August enthält aus Bomst eine Mittheilung, welche so sehr gegen die Wahrheit verstößt und unsern geistlichen Brüdern und allgemein geachteten Nachbarn so sehr verläumdet, daß wir Unterzeichneten uns veranlaßt fühlen im Namen der mit Unrecht angegriffenen geistlichen Würde, im Namen der Nationallehre der Geistlichkeit nachgehend den ganzen Verlauf der dort vollständig falsch dargestellten Angelegenheit mitzutheilen. Die Eingefahrenen der Goscieszyn Parochie und namentlich die Frau Gräfin Anna Mielzynska, geb. Kwilecka, die Patronin in Goscieszyn, stellen an den dortigen würdigen Probst Wojtaszewski durch den Administrator der Goscieszyn Güter, Herrn Strowinski, die Bitte, in der Kirche nach beendigtem Gottesdienste das jetzt allgemein gesungene Lied „Boze coś Polskę“ singen zu dürfen. Dieses Lied, dessen drei erste Strophen seit einem halben Jahrhundert von den Erzbischöffen Woronowicz, Dunin und Przymusiński gebilligt und für die katholische Kirche in das „Santissimo“ Gebet- und in das Widnachtsgebet eingetragenen worden sind, enthält nichts Unerlaubtes und ist der Nation iheruer; deshalb hat auch der Probst Wojtaszewski das Singen desselben nicht nur nicht verboten, sondern auch litographirte Exemplare dieses Liedes unter seine Gemeindeglieder vertheilt und dasselbe am nächsten Sonntag nicht nach dem Gottesdienste, sondern während des Opfers in der heiligen Messe singen lassen. Darauf erfolgte die Anordnung der Pöfener Regierung, derzufolge den Lehrern durch die Schulpfektoren die Theilnahme an dem Singen dieses Liedes bei der Drohung einer unnachlässigen Einleitung der Disziplinuntersuchung und Amtsentsetzung verboten werden soll. Der Probst Wojtaszewski, der als Schulpfektor und als Seelsorger die Pflicht hat, darüber zu wachen, daß der Vater einer zahlreichen Familie sich nicht in Brottlosigkeit und Elend stürze, mußte den Lehrer in Goscieszyn, Hrn. Zagowski, welcher zugleich Organist ist, von dieser Anordnung in Kenntniß setzen, bei welcher Gelegenheit er ihn fragte, ob er sich bei solcher Sachlage der ihm drohenden Gefahr aussetzen wolle. Sein Entschluß war nicht zweifelhaft. Als sich nun am Sonntag den 28. Juli die Gemeinde zur Gottesdienstfeier versammelte und die sich am meisten für das in Rede stehende Lied interessirenden Personen auf das Chor kamen, um das Lied wieder anzustimmen, erklärte den Letzteren Herr Zagowski, daß er das Lied während des Opfers nicht spielen würde und zeigte ihnen das ausdrückliche Verbot der Regierung. Das überzeugte die Unverständigen nicht, denen die Störung der kirchlichen Ordnung mehr galt, als der Gottesdienst, und als der Organist unter Begleitung der Orgel und des Volkes das Lied an die heilige Jungfrau anstimmte, fing eine Anzahl von Männern zum Vergerniß der ganzen Schaar der Treuen trotz des kräftigen Orgelspiels das Lied „Boze coś Polskę“ zu schreien an. Es entstand ein solcher Tumult in der Kirche, eine solche Verwirrung unter der Menge der Treuen, eine solche Bestürzung über die Entheiligung der Kirche über die Mißachtung des Opfers der heiligen Messe, eine solche Aufregung der wahrhaft frommen Menge, daß der Priester nicht vor dem Altar bleiben konnte und abtrat, um erst die Ruhe wiederherstellen zu lassen. Die Orgel verstummte nach der Unterbrechung des Gottesdienstes, die Unverständigen beendeten ihr Lied, und erst dann nahm die Messe ihren Fortgang. Daß es hierbei nicht um den Gottesdienst, sondern um eine Störung des Gottesdienstes und seiner Ordnung sich handelte, ist klar, denn ein frommer Sinn würde wirklich frommen Katholiken leicht an die Hand gegeben haben, daß sie, da sie unter den angegebenen Umständen das Lied während der heiligen Messe nicht singen konnten, dem Drange ihres frommen polnischen Herzens nach dem Gottesdienste hätten folgen können, wo ihnen weder der Pfarrer, der seine Pflichten ebenso eifrig als Seelsorger, wie als Pole erfüllt, ein Hinderniß in den Weg gelegt hätte, noch der Lehrer und Organist in die traurige Nothwendigkeit gekommen wäre, seine zahlreiche Familie brotlos zu machen, wenn er dem Wunsche seiner Landsleute und den Gefühlen seines eigenen Herzens hätte Genüge thun wollen. Solches Gebahren des weltlichen Elements im Gotteshause, solche Mißachtung des Gottesdienstes, solche Geringschätzung der heiligsten Dinge, wenn es sich auch um eine Nationalfrage handelt, kann kein Geistlicher gestatten, denn er würde dadurch seine einschärfenden Pflichten hintersetzen. Und hierin, so wie in dieser ganzen Angelegenheit stehen die Unterzeichneten vollständig auf der Seite ihres auf das Schwärzeste beschuldigten Bruders. Wenn der Korrespondent am Schluß bemerkt, daß es nöthig sei, an die Grenzmark des Großherzogthums einen andern geistlichen Hirten zu schicken, so antworten wir, daß durch eine solche Infamiation der geistlichen Gewalt nicht minder zu nahe getreten wird, als durch den Kirchenfandal in Goscieszyn am Sonntag den 28. Juli. Wie bei der Anordnung des Gottesdienstes der so würdige, treffliche und trotz der Verleumdung allgemein geachtete Disziplinpfarrer die entscheidende Stimme hat, so entscheiden über die Besetzung geistlicher Stellen nicht Zeitungskorrespondenten, sondern der Gesandte Gottes, der Bischof. Dies ist die allgemeine Meinung des geistlichen Standes in der ganzen Umgegend, welcher immer die nationale Sache aufrichtig verteidigt, ohne Heuchelei, aber auch ohne Prahlerei. Der Korrespondent aus dem Bomster Kreise hat sie hervorgerufen wollen, die ganze polnische Geistlichkeit mag sie hören, und — Gott sieht es —, alle Verständigen in der Nation, alle Gläubigen in der Kirche theilen sie.“ Die Namen der 14 unterzeichneten Geistlichen sind: Peruzynski, Symanski, Bagkiewicz, Prusinowski, Wzefinski, Zarumewicz, M. Radke, Karowski, Szachocki, D. Kurowski, Sulitowski, Switalski, Tomicki und Laurentowski.

Polales und Provinzielles.

R Posen, 20. August. [Die Provinzial-Feuer-Sozietät.] Wie wir hören, hat der Provinzial-Landtag in seiner

gestrigen Sitzung sich für die Aufhebung des Versicherungszwanges bei der Provinzial-Feuer-Sozietät ausgesprochen. Obgleich schon seit einer Reihe von Jahren wiederholte und wohlmotivirte, hierauf zielende Anträge gestellt worden sind, wurde von einem Mitgliede mit Hartnäckigkeit die Ansicht zur Geltung zu bringen versucht, daß die Angelegenheit zur Beschlußnahme noch nicht genügend vorbereitet sei! Der Antrag erlangte indeß die erforderliche Majorität von zwei Dritteln der Stimmen, und steht nun zu erwarten, daß in kurzer Zeit der, ganz besonders hier unsere Stadt drückende Versicherungszwang aufgehoben wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß nunmehr die Vorbereitungen zur Bildung einer Feuer-Versicherung für die Stadt Posen getroffen würden, damit, wenn die Beseitigung des Versicherungszwanges bei der Provinzial-Sozietät erfolgt, die Interessenten sich sogleich einer hiesigen Gesellschaft zuwenden können.

— Die Schwiegermutter unseres Ober-Präsidenten, Frau v. Pieschel, ist am 18. d. gestorben.

G Posen, 20. Aug. [Turnverein.] Die Mitglieder unseres Männer-Turnvereins, welche sich an dem zweiten deutschen Turnfeste in Berlin theilgehabt haben, sind zurückgekehrt, bereichert um viele herrliche Erinnerungen, gestärkt in dem Gefühle der Zusammengehörigkeit aller Deutschen aus Süd und Nord, aus Ost und West zu einem großen Ganzen. Möge der frische freie Geist, der die in Berlin versammelt gewesenen Turner und die übrigen Festgenossen durchwehte, von diesen auf alle, die an dem schönen Feste Theil zu nehmen verhindert waren, übertragen werden und dazu beitragen, daß die Liebe zum Vaterlande geweckt und die Hoffnung auf dessen große Zukunft aufrecht erhalten werde. Möge auch unser Verein, der Männer und Jünglinge zum ernstesten Streben zusammenführt, blühen und gedeihen und bereinigt seine Früchte bringen zum Heil und Segen des gemeinsamen Vaterlandes. Biewohl bei den nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in der ganzen Provinz obwaltenden ungünstigen Verhältnissen das Turnwesen sich nur allmählig entfalten kann, so ist es doch ein erfreuliches Zeichen, daß der hiesige Verein seit seinem kurzen Bestehen auf 80 Mitglieder angewachsen ist. Dennoch überkommen den warmen Freund des Turnwesens beim Vergleiche Posen mit anderen Städten gleichen und niedrigeren Ranges trübe Gedanken; denn während z. B. die Mitgliederzahl des Männer-Turnvereins in Frankfurt a. O. seit seinem viermonatlichen Bestehen die Höhe von 600 erreicht hat, unter denen Männer jeden Alters und Standes sich finden, scheint unserem Verein die Zahl von 100 Mitgliedern ein fast unerreichbares Ziel zu sein. Diese geringe Theilnahme läßt sich nur dadurch erklären, daß Viele um das Bestehen eines Turnvereins in Posen gar nicht gewußt, Andere dem Turnwesen nicht die gehörige Bedeutung beigelegt, noch Andere Vorurtheile gegen denselben gehegt haben. Und dies gilt nicht allein von Posen, sondern von fast allen Städten der Provinz, da außer den Städten Posen und Bromberg unseres Wissens nur in Elfa und Rogalen Turnvereine bestehen. Während in Schlesien und Sachsen selbst auf den Dörfern sich Vereine gebildet haben, ist dies bei uns erst in vier Städten geschehen! Könnten Städte wie Meseritz, Rawicz, Schwertin, Birnbaum, Krotoschin, Krausitz, Schneidemühl u. s. w. dies nicht auch ermöglichen? Gewiß, wenn nur erst ein Anfang damit gemacht wäre. Hat aber das Turnen erst festen Fuß gefaßt, dann mag es auch seine Gegner haben, es ist einmal da, es wächst und vervollkommenet sich, es wird seinen wohlthätigen Einfluß bald zeigen und es dahin bringen, daß die Theilnahmslosen seine innigen Freunde werden, welche ihre Kräfte zum Wohle des Vereines anwenden, damit er seinen Zweck: „körperliche und geistige Ausbildung zu fördern“, mehr und mehr erreiche. Es wird daher an alle Städte unserer Provinz die dringende Bitte gerichtet, sich der Gründung von Turnvereinen zu unterziehen und zu dem Zwecke mit den bereits bestehenden Vereinen in Verbindung zu treten; die Staatsregierung sorgt für die Jugend, mögen die Männer für sich selbst sorgen. Hoffentlich hat das große nationale Fest in Berlin die Schranken, welche so viele Jünglinge und Männer von den Vereinen noch trennten, niedergerissen und die etwa bestehenden Vorurtheile beseitigt; hoffentlich ist die Theilnahme fortan eine allgemeinere, und wer aus irgend einem triftigen Grunde an den Übungen sich persönlich nicht betheiligen kann, der lasse sich als Turnfreund in die Reihen der Turner aufnehmen und stehe nach Kräften der guten Sache mit Rath und That bei. Hierbei sei es vergönnt, denjenigen Freunden des Turnwesens, welche den Vorstand des hiesigen Vereins in den Stand gesetzt haben, drei stimmberechtigte Mitglieder auf eigene Kosten zu dem Feste zu entsenden, für den lebhaften Antheil, welchen sie an dem Vereine nehmen, zu danken. So anerkennenswerth diese Theilnahme auch ist, so bleibt doch zu wünschen, daß grade diese Freunde der Turnerei durch ihren offenen Beitritt zur Hebung und Ausbreitung des Vereins beitragen möchten, da der hiesige Verein dadurch, daß ihm nur wenige einflußreiche Mitglieder angehören, anderen, namentlich dem Bromberger Vereine, nachsteht. Biewohl der Turner auf äußeren Schmuck nichts giebt, so hat sich doch der Mangel einer Fahne im Verlaufe des Festes bei den Posenern recht fühlbar gemacht; sie waren gezwungen, dem Banner der Bromberger zu folgen, welches das ganze Großherzogthum Posen vertrat. Mit welchen Gefühlen schauten sie auf die Fahnen ihrer Turngenossen aus Görtitz, Neudamm, Nürnberg und anderen Städten, deren goldene Inschriften andeuteten, daß auch die Frauen und Jungfrauen nicht Opfer und Mühe geschenkt hatten, ihre rege Theilnahme an der edlen Turnerei kundzugeben. Großen Dant würden sich Posens Frauen und Jungfrauen durch die Anfertigung einer Fahne erwerben, um welche sich die Mitglieder des Männer-Turnvereins bei festlichen Gelegenheiten scharen könnten. Durch das Nationalfest in Berlin hat die Turnsache einen neuen Sieg erkämpft, sie hat sich allgemeine Anerkennung errungen. Unser Weg ist noch lang und schwierig; aber möge uns das nicht zurückschrecken, denselben beharrlich und unbeirrt zu verfolgen, bis wir das leuchtende Ziel erreichen. Der Turnerei „Gut Heil!“

— [Kath. Pfarrstellen.] Die kath. Pfarre zu Weglewo, königl. Patronats, ist dem Geistlichen Muzynski, die Pfarrstelle in Strzesno dem Probst Marten in Gnesen und das Benefizium an der St. Trinitatis-Kirche zu Gnesen dem dortigen Kaplan Olynski zur Verwaltung übertragen worden.

— [Biehfrankheiten.] Unter dem Rindvieh und den Schafen in Dombrowlen (Kr. Noworaw) ist der Milzbrand und unter dem Rindvieh in Strozewo (Kr. Godyzian) die Tollwuth ausgebrochen, weshalb für diese Distrikte und deren Feldmarken die gesetzlichen Spermaabregeln eingeführt sind.

